



Mai 2026

Adrian Grasse, MdB

NEWSLETTER AUS DEM BUNDESTAG

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Steglitz-Zehlendorfer,**

ein Jahr ist vergangen, seit die unionsgeführte Bundesregierung mit dem Anspruch angetreten ist, unser Land wieder nach vorne zu bringen, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und den Staat handlungsfähiger zu machen. Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger waren und sind zu Recht hoch.

Einige Vorhaben wurden bereits angestoßen: Die irreguläre Migration wurde spürbar begrenzt, die Bundeswehr gestärkt, die Energiepolitik neu ausgerichtet und das Bauen durch erste Reformschritte vereinfacht. Auch beim Abbau von Bürokratie und der Modernisierung staatlicher Strukturen gibt es Fortschritte. Insgesamt 140 Gesetze sind bereits verabschiedet worden.

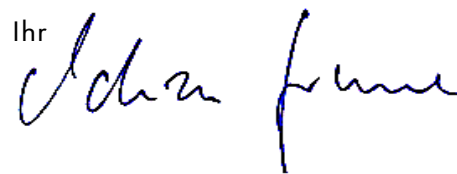
Zu einer ehrlichen Bilanz gehört aber auch die Erkenntnis, dass viele Versprechen bislang noch nicht eingelöst wurden und die strukturellen Herausforderungen nach wie vor groß sind. Die unterschiedlichen politischen Grundauffassungen innerhalb der Koalition bremsen an vielen Stellen notwendige Reformen aus. Deutschland braucht aber eine echte Reformagenda und den Mut zu klaren Entscheidungen in zentralen Bereichen: Gesundheit, Pflege, Rente, Haushalt und Steuern. Dies ist und bleibt auch mein persönlicher Anspruch als Abgeordneter, der vor einem Jahr mit einem klaren Wählerauftrag und dem Vertrauen von über 55.000 Bürgerinnen und Bürgern direkt in den Bundestag gewählt wurde.

Ganz aktuell stehen wir im Gesundheitswesen vor einer der größten Reformaufgaben der vergangenen Jahrzehnte. Die finanzielle Stabilität der gesetzlichen Krankenversicherung muss dauerhaft gesichert

werden. Die vorgeschlagenen Einsparungen und Strukturreformen sind notwendig, um die Finanzierungslücke von derzeit rund 15 Mrd. Euro zu schließen, die auch durch die Gesundheitsausgaben für Bürgergeldempfänger entstanden ist. Dabei muss jedoch eines klar sein: Die beitragszahlenden Versicherten dürfen nicht dauerhaft für gesamtgesellschaftliche Aufgaben in Anspruch genommen werden. Die Krankenkosten für Bürgergeldempfänger dürfen daher nicht aus den Beiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert werden. Alles andere wäre eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber denjenigen, die jeden Monat in unser Solidarsystem einzahlen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Pfingstfest, erholsame Feiertage und viel Freude bei der Lektüre meines aktuellen Newsletters.

Ihr



Innovationskongress der CDU/CSU-Fraktion



Unter dem Motto „Mit Innovationen durchstarten: mehr Freiheit und Unternehmertum in Wissenschaft und Forschung“ lud die CDU/CSU-Fraktion Mitte April zu einem Innovationskongress in den Deutschen Bundestag ein.

Zahlreiche Gäste aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik waren gekommen, um über die Zukunft des Forschungs- und Innovationsstandortes Deutschland zu diskutieren. Starke Impulse kamen unter anderem von Jens Spahn, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, und von Dorothee Bär, der Bundesministerin für Forschung, Innovation und Raumfahrt. Beide betonten die herausragende Bedeutung von Forschung und Innovation für Wachstum, Wohlstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Deutschland verfügt zweifelsohne über hervorragende Forschungseinrichtungen, innovative Unternehmen und eine starke industrielle Basis. Forschungsergebnisse müssen zukünftig jedoch noch schneller in marktfähige Anwendungen und wirtschaftliche Wertschöpfung überführt werden. Dass innovationsfördernde Rahmenbedingungen hierfür essenziell sind, wurde auch bei den anschließenden Diskussionen auf dem Podium unterstrichen.

Ein zentrales Thema des Fraktionskongresses war das geplante Innovationsfreiheitsgesetz (InnoFG), durch das Wissenschaft und Forschung von bürokratischen Hürden entlastet und der Transfer von Innovationen in die Praxis gestärkt werden sollen. Ziel ist es, bessere Bedingungen für Forschung, Unternehmertum und Zukunftstechnologien zu schaffen und damit die technologische Souveränität Deutschlands im internationalen Wettbewerb auszubauen. Auf dem Fraktionskongress wurde deutlich, dass exzellente Forschung und wirt-

schaftliche Anwendung zusammengehören.

<https://www.youtube.com/watch?v=G7ZxS-0wOZo>

Plenarrede zur Tierversuchsforschung



Am 16. April wurde im Plenum des Deutschen Bundestages ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Tierversuchsforschung beraten. In seiner Rede für die CDU/CSU-Fraktion übte Adrian Grasse scharfe Kritik an der Initiative der Grünen und verwies auf das im Koalitionsvertrag von Union und SPD vereinbarte eigenständige Gesetz für wissenschaftliche Tierversuche.

Er machte deutlich, dass die aktuellen Rahmenbedingungen für die tierexperimentelle Forschung in Deutschland nicht tragfähig seien: Überlange Genehmigungsverfahren, ausufernde Bürokratie, fehlende Rechtssicherheit und ein behördlicher Flickenteppich erschwerten die Arbeit erheblich. Dies schwäche nicht nur die internationale Wettbewerbsfähigkeit, sondern führe zunehmend auch zur Abwanderung von Forschung ins Ausland – häufig in Länder mit niedrigeren Standards. Adrian Grasse unterstrich, dass dies nicht nur dem Wissenschaftsstandort Deutschland schade, sondern letztlich auch dem Tierschutz.

Vor diesem Hintergrund habe man sich im Koalitionsvertrag auf Initiative der Union darauf verständigt, ein eigenständiges Gesetz für wissenschaftliche Tierversuche auf den Weg zu bringen. Ziel sei es, hohe Tierschutzstandards zu sichern und zugleich verlässliche sowie innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für die Forschung zu schaffen. Dazu gehörten insbesondere schnellere

Genehmigungsverfahren, der Abbau bürokratischer Hürden ohne Mehrwert für den Tierschutz sowie mehr Rechtssicherheit.

Den Antrag der Grünen wies Adrian Grasse zurück, da dieser Tierschutz und Forschung gegeneinander ausspiele, anstatt beides sinnvoll miteinander zu verbinden. In Deutschland unterlägen Tierversuche bereits strengen gesetzlichen Vorgaben und seien nur zulässig, wenn keine Alternativen zur Verfügung stünden.

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7651702>

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw16-de-versuchstiere-1158214>

Tourstart der MS Wissenschaft



Leinen los für die MS Wissenschaft: Am 7. Mai war Tourstart des Ausstellungsschiffes an der Berliner Anlegestelle am Schiffbauerdamm. An insgesamt 36 Stationen in Deutschland, Österreich und erstmals auch Polen wird das schwimmende Science Center noch bis zum 30. September Halt machen. Auf Einladung von Matthias Hauer, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt, war Adrian Grasse zum Tourstart an

Deck.

Im Wissenschaftsjahr 2026 dreht sich alles rund um das Themenfeld „Medizin der Zukunft“. Die Wissenschaftsjahre sind eine Initiative des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) gemeinsam mit Wissenschaft im Dialog (WID) und fördern seit 26 Jahren den Dialog mit der Öffentlichkeit zu Wissenschafts- und Forschungsthemen.

Die MS Wissenschaft ist ein Binnenfrachtschiff, das früher mit Kohle und Containern beladen auf europäischen Wasserstraßen unterwegs war und seit 2002 als schwimmendes Science Center mit jährlich wechselnden interaktiven Ausstellungen unterwegs ist. In diesem Jahr zeigen Forscherinnen und Forscher, wie sie mit ihren Ideen und Arbeiten schon heute die Medizin von morgen gestalten. An rund 30 interaktiven Exponaten können Besucher selbst aktiv werden und beispielsweise Medikamente an einem künstlichen Organ testen, ihren Herzschlag mit einer Kamera messen oder virtuell in den Operationssaal der Zukunft zu blicken.

<https://ms-wissenschaft.de/de/>

Transatlantischer Austausch mit Fulbright Germany



Im April traf sich Adrian Grasse im Deutschen Bundestag mit dem Executive Director von Fulbright Germany, Hakan Tosuner, zu einem intensiven Austausch über die

Bedeutung internationaler Bildungs- und Wissenschaftskooperationen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Rolle der deutsch-amerikanischen Partnerschaft in Wissenschaft, Bildung und Gesellschaft.

Die Deutsch-Amerikanische Fulbright-Kommission zählt zu den renommiertesten Organisationen im Bereich des internationalen akademischen Austauschs. Seit ihrer Gründung hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, den Dialog zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika nachhaltig zu fördern. Mit umfangreichen Stipendienprogrammen ermöglicht sie Studenten, Wissenschaftlern sowie Lehrkräften vielfältige Auslandsaufenthalte. Diese Programme tragen nicht nur zur fachlichen Qualifikation bei, sondern fördern auch interkulturelle Kompetenzen, persönliche Netzwerke und ein vertieftes Verständnis für unterschiedliche Perspektiven.

Adrian Grasse betonte im Gespräch die besondere Relevanz dieses Engagements für seinen Wahlkreis Berlin Steglitz-Zehlendorf. Der Bezirk ist bis heute eng mit der transatlantischen Geschichte verbunden. Das Alliierten-Museum steht beispielhaft für diese enge Verbindung und erinnert an die jahrzehntelange Präsenz der westlichen Alliierten sowie an die daraus gewachsene Partnerschaft zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten.

Vor diesem Hintergrund unterstrich Adrian Grasse die Notwendigkeit, die transatlantischen Beziehungen auch in Zukunft aktiv weiterzuentwickeln. Programme wie die von Fulbright leisten hierzu einen unverzichtbaren Beitrag: Sie ermöglichen jungen Menschen internationale Erfahrungen, fördern wissenschaftliche Exzellenz und stärken zugleich das gegenseitige Verständnis zwischen den Gesellschaften.

Mehr Informationen über das Stipendienprogramm unter:

<https://fulbright.de/stipendien/stipendien-fuer-deutsche-im-ueberblick>

Ein Zeichen für den Vereinssport - bundesweiter Trikottag des DOSB

Der bundesweite Trikottag des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) hat sich in den vergangenen Jahren zu einem festen Termin im Sportkalender entwickelt. Als deutschlandweiter Aktionstag für den Vereinssport soll er die große Bedeutung der Arbeit der rund 86.000 Sportvereine in Deutschland für unsere Gesellschaft sichtbar machen.



In diesem Jahr waren am 13. Mai alle rund 29 Millionen Mitglieder von Sportvereinen aufgerufen, einen Tag lang das Trikot oder Sportoutfit ihres Heimatvereins im Alltag zu tragen. Auch Adrian Grasse beteiligte sich am Aktionstag, um ein Zeichen für den Vereinssport zu setzen. Er ist nicht nur seit vielen Jahren Mitglied bei Hertha BSC Berlin, sondern teilt auch die Begeisterung seiner Tochter für den Basketball. Jede Woche ist er bei Spielen von Tus Lichterfelde dabei, um die Mannschaft anzufeuern. Zu sehen, mit wie viel Leidenschaft und ehrenamtlichem Engagement dort Kindern und Jugendlichen der Sport nahegebracht und das Gemeinschaftsgefühl gestärkt wird, ist von unschätzbarem Wert. Mit der Familie, Freunden oder Kollegen ins Stadion zu gehen, dem eigenen Verein die Daumen zu drücken, gemeinsam Siege zu feiern und an Niederlagen zu wachsen, macht den Sport aus.

Der bundesweite Trikottag ist eine großartige Gelegenheit, gerade auch die kleinen Vereine als Orte des gemeinsamen Erlebens, der Wertevermittlung und des freiwilligen Engagements ins Rampenlicht zu rücken.

<https://www.dosb.de/aktuelles/news/detail/4-bundesweiter-trikottag-am-13-mai-2026>

Parlamentarisches Gespräch zur Olympiabewerbung Berlin+



Beim parlamentarischen Gespräch zur Olympiabewerbung Berlin+ hat sich Adrian Grasse im Bundestag gemeinsam mit Stephan Standfuß, dem sportpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, über das Konzept der Hauptstadt informiert.

Spannende Impulse kamen vom Olympiabeauftragten Kaweh Niroomand, Prof. Dr. Hermann Parzinger sowie erfolgreichen Athletinnen und Athleten wie Britta Steffen, Paul Drux und Svenja Brunckhorst, die das Projekt mit großem Engagement unterstützen.

Berlin ist Sportmetropole aus Überzeugung – im Breiten- wie im Spitzensport. Die Vereine prägen das gesellschaftliche Leben der Stadt, nationale und internationale Sportveranstaltungen sorgen regelmäßig für Begeisterung und unvergessliche Momente.

Mit dem Konzept Berlin+ setzt die Hauptstadt auf Nachhaltigkeit und Vernunft: Bestehende Sportstätten sollen genutzt, kurze Wege ermöglicht und kostenintensive Neubauten weitgehend vermieden werden. Gleichzeitig werden mit Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern starke Partnerregionen eingebunden. Zentraler Ansatz des Konzepts ist die Nutzung vorhandener

Infrastruktur: Rund 97 Prozent der Wettkämpfe sollen in bestehenden Sportstätten stattfinden, die vor allem für den langfristigen Gebrauch saniert werden, sodass alle Berlinerinnen und Berliner davon profitieren.

Der Berliner Senat hat das Konzept inzwischen offiziell beschlossen und damit einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer deutschen Olympiabewerbung erreicht. Berlin geht nun mit einem modernen, nachhaltigen und partnerschaftlichen Ansatz in den internationalen Wettbewerb.

Olympische und Paralympische Spiele bedeuten zugleich wichtige Investitionen in Infrastruktur, Mobilität, Sportstätten und Stadtentwicklung. Projekte, deren Umsetzung sonst oft viele Jahre dauern würde, können dadurch deutlich beschleunigt werden. Davon profitieren nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Wirtschaft und Arbeitsmarkt durch zusätzliche Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze.

Die CDU Berlin unterstützt die Bewerbung ausdrücklich. Unsere Hauptstadt kann zeigen, wie nachhaltige, gut organisierte und begeisterte Olympische und Paralympische Spiele im 21. Jahrhundert aussehen. Mit Berlin hat Deutschland eine echte Chance auf eine erfolgreiche Bewerbung.

<https://www.berlin-olympiabewerbung.de/>

Festakt zur Einweihung der Helmut-Kohl-Allee



Seit dem 9. Mai trägt die ehemalige Hofjägerallee im Bezirk Mitte den Namen Helmut-Kohl-Allee. Mit der Umbenennung der Straße im Herzen des Tiergartens würdigt das Land Berlin den früheren Bundeskanzler

und Berliner Ehrenbürger Helmut Kohl. Grundlage dafür war ein Beschluss des CDU-geführten Senats aus dem vergangenen Jahr.

Im Rahmen einer Festveranstaltung des Landes Berlin, die gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung ausgerichtet wurde, erinnerten zahlreiche Gäste an die Bedeutung Helmut Kohls für Deutschland und Europa. Begrüßt wurden die Teilnehmer von der Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Annegret Kramp-Karrenbauer, dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner sowie dem stellvertretenden Bezirksbürgermeister von Mitte, Carsten Spallek.

Durch die Enthüllung des neuen Straßenschildes an der Ecke Tiergartenstraße wurde die Umbenennung anschließend fest im Stadtraum verankert. Die Helmut-Kohl-Allee verläuft künftig von der Siegessäule durch den Großen Tiergarten bis zur Klingelhöferstraße, direkt zur Konrad-Adenauer-Stiftung und zur CDU-Bundesgeschäftsstelle. Damit erhält die Hauptstadt einen Ort, der an einen prägenden Abschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte erinnert.

Helmut Kohl war von 1982 bis 1998 Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. In seine Amtszeit fielen die Deutsche Einheit und wichtige Schritte der europäischen Integration. Mit Mut, politischer Weitsicht und einem festen Glauben an die Freiheit führte er Deutschland in ein neues Kapitel seiner Geschichte. Die Benennung der Helmut-Kohl-Allee macht diese historische Leistung dauerhaft im öffentlichen Raum sichtbar. Berlin setzt damit ein Zeichen des Respekts und der Dankbarkeit gegenüber einem Staatsmann von gesamtdeutscher und europäischer Bedeutung.

<https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2026/pressemitteilung.1668843.php>

Austausch mit der Jüdischen Studierendenunion



Mit Ron Dekel, dem Präsidenten der Jüdischen Studierenden Union Deutschland, traf sich Adrian Grasse im Bundestag, um über die aktuelle Situation an deutschen Hochschulen sowie den Alltag jüdischer Studentinnen und Studenten zu sprechen.

Im Mittelpunkt des Austausches stand die spürbare Veränderung des Campuslebens seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Für viele jüdische Studenten hat sich die Situation seither deutlich verschärft. Antisemitismus tritt dabei nicht nur offen zutage, sondern zeigt sich zunehmend auch in subtilen und impliziten Formen, die den Alltag der Betroffenen erheblich belasten. Wie konkret die Bedrohungslage ist, verdeutlichte jüngst ein Vorfall in Berlin: Ron Dekel wurde gemeinsam mit einem Freund auf offener Straße angefeindet und verfolgt, weil er eine Kippa trug. Dieser Vorfall steht exemplarisch für eine besorgniserregende Entwicklung, bei der sichtbar gelebte jüdische Identität immer häufiger zur Zielscheibe von Anfeindungen wird.

Adrian Grasse betonte, dass Prävention und der wirksame Kampf gegen Antisemitismus nur dann gelingen, wenn sie sich konsequent an den Erfahrungen und Perspektiven der Betroffenen orientieren. Es braucht daher weiterhin konkrete Maßnahmen, die den Schutz jüdischen Lebens spürbar verbessern.

Die Jüdische Studierenden Union Deutschland hatte bereits im vergangenen Jahr einen umfassenden Forderungskatalog zum Umgang mit Antisemitismus an Hochschulen vorgelegt. Diese Impulse gilt es, in der politischen Debatte zu berücksichtigen.

Jüdisches Leben in Deutschland muss geschützt werden. Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte muss dafür Sorge getragen werden, dass Jüdinnen und Juden ihr Leben frei und ohne Angst gestalten können.

<https://www.jsud.de/>

Im Gespräch mit Richard Markus von der Ben-Gurion-Universität



Zu einem Austausch über die deutsch-israelischen Beziehungen und die Bedeutung wissenschaftlicher Kooperationen empfing Adrian Grasse den Präsidenten der Ben-Gurion University of the Negev Germany, Richard Markus, in seinem Bundestagsbüro.

Richard Markus berichtete dabei nicht nur über seine Rolle als Vertreter der Ben-Gurion University in Deutschland, sondern auch über seine persönliche, von einer bewegten Familiengeschichte geprägten Biografie, die sein Engagement für internationalen Dialog, wissenschaftlichen Austausch und Verständigung nachhaltig prägt.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Bedeutung internationaler akademischer Kooperationen. Die Ben-Gurion University of the Negev mit rund 20.000 Studenten ist im Innovationszentrum Be'er Sheva in Israel angesiedelt und zählt zu den führenden Forschungsuniversitäten des Landes.

Ein Schwerpunkt des Gesprächs war die langjährige

Kooperation mit der Freien Universität Berlin (FU). Die Partnerschaft ermöglicht regelmäßig den Austausch von Studenten auf Bachelor-, Master- und Promotionsniveau und eröffnet damit direkte Einblicke in Forschung, Lehre und wissenschaftliches Arbeiten in beiden Ländern. Ergänzt wird das Programm teilweise durch Sprachkurse in Hebräisch, die die akademische und kulturelle Integration unterstützen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über Forderungen nach einem akademischen Boykott israelischer Universitäten und Wissenschaftler betonte Adrian Grasse die klare Position der CDU: Wissenschaftsfreiheit, internationale Kooperation und der offene Austausch zwischen Universitäten sind zentrale Grundlagen von Fortschritt, Verständigung und Demokratie. Akademische Boykotte behindern den wissenschaftlichen Dialog, zerstören Brücken und widersprechen letztlich auch dem Anspruch einer freien Forschung.

Das Gespräch mit Richard Markus machte die gemeinsame Überzeugung deutlich, dass der Ausbau wissenschaftlicher Partnerschaften gerade in herausfordernden politischen Zeiten wichtiger denn je ist.

Vor Ort beim Deutschen Roten Kreuz in Lichterfelde



Gemeinsam mit Tom Cywinski, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für Steglitz-Südende, und Jens Hoffmann, dem Kandidaten der CDU Lichterfelde für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, traf sich Adrian Grasse zu einem Austausch mit Hermann Gröhe am Standort des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in seinem Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf.

Hermann Gröhe, langjähriger Bundestagsabgeordneter und von 2013-2018 Bundesgesundheitsminister, hatte im November des vergangenen Jahres das Amt des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes von Gerda Hassel-

feldt übernommen. Er vertritt in dieser Funktion eine der wichtigsten humanitären Organisationen Deutschlands, die Teil der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-bewegung ist. Als tragende Säule der sozialen Infrastruktur unseres Landes ist das DRK mit rund drei Millionen Mitgliedern in Deutschland aktiv. Seine Aufgaben reichen vom Rettungsdienst und der Notfallhilfe über den Katastrophenschutz bis hin zu Pflegeangeboten, sozialen Diensten, Integrationsarbeit und der Unterstützung für besonders hilfsbedürftige Menschen.



Im Gespräch mit Hermann Gröhe hob Adrian Grasse die enorme Bedeutung des DRK für unsere Gesellschaft hervor. Tagtäglich leisten die Helferinnen und Helfer des DRK einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl und die Sicherheit der Bevölkerung. Insbesondere das Zusammenspiel von haupt- und ehrenamtlichem Engagement ist dabei ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die vielfältigen Unterstützungsangebote der Organisation.

<https://www.drk.de/das-drk/>

Besuch der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz



Im April besuchte Adrian Grasse die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz in seinem Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf und tauschte sich mit der Direktorin Deborah Hartmann über die Arbeit dieser bedeutenden Erinnerungs- und Bildungseinrichtung sowie über das zukunftsweisende Projekt „New First Floor“ aus.

Die historische Villa Marlier ist ein Ort von herausragender historischer Bedeutung: Im Jahr 1942 kamen hier fünfzehn hochrangige Vertreter der SS, der NSDAP und verschiedener Reichsministerien zur Wannsee-Konferenz zusammen. Ziel des Treffens war die organisatorische Koordinierung der Deportation und Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden. Heute steht dieser Ort exemplarisch für die Verbrechen des nationalsozialistischen Völkermords und mahnt zur Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte.

Die Gedenk- und Bildungsstätte eröffnet vielfältige Zugänge zur Geschichte der Shoah und der nationalsozialistischen Herrschaft. Im Zentrum steht die Dauerausstellung „Die Wannsee-Konferenz und der Völkermord an den europäischen Juden“ im Erdgeschoss. Ergänzt wird sie durch den historischen Konferenzraum sowie eine umfangreiche Bibliothek. Die Einrichtung bietet zudem ein breites Spektrum an Bildungsangeboten, die sich an ein internationales Publikum richten und in mehreren Sprachen verfügbar sind.

Von besonderer Bedeutung ist die Joseph-Wulf-Bibliothek im ersten Obergeschoss, die zu den wichtigsten Spezialbibliotheken zu den Themen Shoah und Nationalsozialismus zählt. Im Rahmen des Projekts „New First Floor“ wird sie zu einem modernen, inklusiven Lern- und Reflexionsort weiterentwickelt. Ein zentrales „Superregal“, offene Raumkonzepte sowie digitale Angebote sollen künftig einen sogenannten „Dritten Ort“ schaffen – einen Raum für Austausch, Forschung und Bildung gleichermaßen.

Im Gespräch mit Deborah Hartmann ging es neben der zentralen Rolle historisch-politischer Bildung auch um die Weiterentwicklung der Gedenkstätte als Ort des Dialogs und der gesellschaftlichen Verständigung.

<https://hauptstadtecho.de/adrian-grasse-mdb-zu-besuch-im-haus-der-wannsee-konferenz/>

Steglitz-Zehlendorf profitiert von der Sportmilliarde des Bundes



Großartige Nachrichten für Steglitz-Zehlendorf: **863.550 Euro** aus dem Bundesförderprogramm zur Sanierung kommunaler Sportstätten (SKS) fließen in den Bezirk und ermöglichen die Finanzierung eines Ersatzneubaus der Umkleidegebäude am Ernst-Reuter-Sportfeld in der Onkel-Tom-Straße 52 / Siebenendenweg.

Das traditionsreiche Sportfeld ist nicht nur die Heimstätte von Hertha 03 Zehlendorf, sondern auch ein wichtiger Treffpunkt für Vereine, Schulen und den Breitensport im Kiez.

Die Förderung ist Teil der ersten 333-Millionen-Euro-Tranche der sogenannten „Sportmilliarde“ des Bundes, mit der deutschlandweit gezielt in die Sanierung und Modernisierung von Sportstätten investiert wird. Aufgrund der starken Nachfrage war der aktuelle Projektaufruf 23-fach überzeichnet: Über 3.600 Interessenbekundungen mit einer beantragten Gesamtfördersumme von 7,5 Milliarden Euro gingen ein. Umso erfreuter zeigte sich

Adrian Grasse, dass das Ernst-Reuter-Sportfeld den Zuschlag erhalten hat und sich das Projekt gegen zahlreiche andere Vorhaben durchsetzen konnte. Gemeinsam mit Bezirksstadträtin Malgorzata Sijbrandij und dem CDU-Kreisvorsitzenden Stephan Standfuß hatte er sich im Vorfeld dafür eingesetzt, dass auch Steglitz-Zehlendorf von den Fördermitteln der Sportmilliarde profitiert. Eine moderne und funktionale Infrastruktur ist entscheidend, damit der Sport vor Ort auch in Zukunft möglich bleibt. Die Förderung ist damit ein starkes Signal für den Bezirk.

<https://www.bmwsb.bund.de/DE/stadtentwicklung/foerderprogramme-stadtentwicklung/sport-jugend-kultur/sport-jugend-kultur.html?nn=42900>

Jetzt bewerben für ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung



Noch bis zum 15. Juli 2026 läuft die aktuelle Bewerbungsfrist für ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten bietet ein Stipendium der KAS jungen Menschen eine verlässliche Unterstützung für ihren Bildungsweg – ob für Auszubildende, Abiturienten oder Studenten. Aktuell werden bereits rund 3.500 junge Menschen während ihres Studiums, der Promotion, im Rahmen der journalistischen Nachwuchsförderung oder auch während der beruflichen Ausbildung im Rahmen des KAS-Programms unterstützt.

Ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung bedeutet dabei nicht nur finanzielle Unterstützung (im Studium aktuell bis zu 992 Euro monatlich inklusive Zuschlägen und Studienkostenpauschale), sondern vor allem auch eine

umfassende ideelle Förderung:

- interdisziplinäre Seminare zur Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Fragen,
- aktive Hochschulgruppen für den Austausch und ein Engagement vor Ort,
- sowie die persönliche Begleitung durch erfahrene Referentinnen und Referenten.

Die Auswahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten erfolgt nach klaren Kriterien: Leistung, ehrenamtliches Engagement, Persönlichkeit sowie eine erkennbare Nähe zu christlich-demokratischen Werten.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Bewerbung unter:

[Bewerbung - Begabtenförderung und Kultur - Konrad-Adenauer-Stiftung](#)



Kontakt:

Adrian Grasse, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 75460
E-Mail: adrian.grasse@bundestag.de